

Zwangsräumung von mehr als 300 Palästinensern im Naqab ist ein „klares Beispiel für Apartheid“

Amnesty International England, 09.05.24

Israelische Behörden drängen auf Vertreibung und Segregation der palästinensischen Beduinengemeinschaft im Naqab

„Wir können diesen Plan nicht aufhalten; die Autobahn Nr. 6 würde über unsere Leichen führen, egal wie sehr wir uns wehren“ – Jabr Abu Assa, Bewohner

Der gestrige (8. Mai) Abriss von 47 Häusern in Wadi al-Khalil, einem nicht anerkannten palästinensisch-beduinischen Dorf im Naqab, durch die israelischen Behörden unterstreicht die Dringlichkeit, das israelische Apartheidsystem zu durchbrechen, so Amnesty International.

Im Laufe der Jahre haben die israelischen Behörden zahlreiche Vorwände genutzt, um die Vertreibung und Segregation der Beduinengemeinschaft im Naqab voranzutreiben: vom Ausbau von Autobahnen über den Bau von Industriezonen bis hin zur Einrichtung von Wäldern für den *Jüdischen Nationalfonds* und der Ausweisung von Militärzonen.

Die Abrissverfügungen gegen das Viertel Abu Assa in Wadi al-Khalil wurden 2019 von den israelischen Planungsbehörden erlassen, um Platz für die Verlängerung der Autobahn 6 nach Süden zu schaffen. Die Abrisse, die zahlreichsten an einem einzigen Tag seit den Zerstörungen von Al-Araqib im Jahr 2010, be-

deuten die Zwangsräumung von mehr als 300 Bewohnern von Wadi al-Khalil, einem von neun nicht anerkannten Dörfern, die von Zerstörung unter dem Deckmantel von Stadtentwicklung bedroht sind.

Heba Morayef, die Direktorin von Amnesty International für den Nahen Osten und Nordafrika, sagte:

„Die Szenen, in denen hochmilitarisierte Polizeieinheiten, darunter die berüchtigten *Yoav*- und Grenzpolizeieinheiten, das Wadi al-Khalil stürmen, um Häuser zu zerstören und das Hab und Gut der Bewohner zu beschlagnahmen, sind ein weiterer erschreckender Beweis für die Grausamkeit und die fortwährenden Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen, die die israelischen Behörden gegenüber den palästinensischen Bürgern des Staates Israel begehen, insbesondere denen, die im Naqab leben.“

„Die israelischen Behörden, insbesondere die Beduinenbehörde für Entwicklung und Siedlung, nutzen die Stadtentwicklung weiterhin als Instrument, um Beduinen zu verdrängen, sie zu entrechten und sie in immer kleinere Gebiete zu zwingen, was das israelische Apartheidsystem deutlich veranschaulicht.“

„Die israelischen Behörden müssen der systematischen Diskriminierung und Unterdrückung dieser Gemeinschaften ein Ende setzen, unter anderem durch die Beendigung von Zwangsräumungen und der Politik des Abrisses von Häusern. Stattdessen

sollten sie die Dörfer anerkennen und alle Gesetze, Strategien und Praktiken aufheben, die darauf abzielen, die Gemeinschaft zu enteignen – auch durch Planungsprozesse.“

Am 31. Dezember lehnte der Oberste Gerichtshof des Staates Israel den Einspruch der Bewohner von Wadi Al-Khalil gegen ihre Zwangsumsiedlung nach Umm al-Batin ab.

Zu den Einheiten, die an dem Abriss beteiligt waren, gehört auch die Polizeieinheit *Yoav*, eine Einheit, die 2011 mit dem erklärten Ziel gegründet wurde, „das Gesetz durchzusetzen“ und nicht genehmigte Bauvorhaben in Beduinenorten im Naqab zu stoppen.

Jabr Abu Assa, ein Bewohner von Wadi al-Khalil, dessen Haus heute Morgen abgerissen wurde, erklärte gegenüber Amnesty:

„Wir können diesen Plan nicht aufhalten; die Autobahn Nr. 6 würde über unsere Leichen führen, egal wie sehr wir uns wehren. Deshalb haben wir die Behörden um eine faire und gerechte Alternative gebeten, um uns an einen Ort umzusiedeln, an dem wir in Frieden und Würde leben können, in das Viertel Mtalla in Tall al-Sabe'. Die einzige Option, die uns angeboten wurde, ist der Umzug in ein Viertel im nahegelegenen Dorf Um al-Batin, wo die Bewohner bereits gesagt haben, dass sie keinen Platz für uns haben und wir nicht willkommen sind; das bedeutet, dass wir gegen sie ausgespielt werden. Das bedeutet, dass wir und sie gezwungen sind, um die knappen Ressourcen zu kämpfen, die kaum für sie ausreichen.“

Abu Assa fügte hinzu, dass weder er noch andere Bewohner, deren Häuser und andere Gebäude abgerissen wurden, irgendeine Form der Entschädigung erhalten haben.

Berufung gegen Zwangsumsiedlung abgewiesen

Am 31. Dezember lehnte der Oberste Gerichtshof des Staates Israel den Einspruch der Bewohner von Wadi Al-Khalil gegen ihre Zwangsumsiedlung nach Umm al-Batin ab und überließ es der Beduinenbehörde für die Entwicklung und Besiedlung des Negev, einer Regierungsbehörde, die seit langem dazu dient, die Vorherrschaft und Unterdrückung der palästinensischen Beduinengemeinschaft zu festigen, zu entscheiden, wohin sie die Bewohner umsiedeln kann.

Hussein al-Rabaya'a, ein Aktivist aus dem Naqab, sagte gegenüber Amnesty:

„Hier hast du keine Wahl: Sie verweigern dir die Anerkennung, dann entscheiden sie, dich umzusiedeln, sie bestimmen, wohin du gehen kannst, und wenn du protestierst und eine faire Alternative verlangst, sagen sie, es sei nicht deine Sache, über dein eigenes Schicksal zu entscheiden.“

Ein anderer Bewohner des Viertels, dessen Haus zerstört wurde, sagte zu Amnesty:

„Wir wissen nicht, wohin wir als nächstes gehen sollen; wir können nicht nach Umm al-Batin ziehen, weil wir dort unerwünscht sind; wir werden tun, was die Bewohner von al-Araqib getan haben: wir werden ein Zelt auf den Ruinen unserer zerstörten Häuser aufstellen, wir haben keine andere Wahl.“

Die Abrisse in Wadi al-Khalil finden weniger als ein Jahr statt, nachdem das israelische Bezirksgericht die Zwangsräumung des nicht anerkannten Dorfes Ras Jrabah genehmigt hatte, um Platz für die Erweiterung der nahe gelegenen jüdischen Stadt Dimona zu schaffen. Die Bewohner von Ras Jrabah befinden sich weiterhin in einem Rechtsstreit gegen die Zerstörung ihres Dorfes.

Das Apartheidsystem des Staates Israel

Im Laufe der Jahre haben die israelischen Behörden

zahlreiche Vorwände genutzt, um die Vertreibung und Segregation der Beduinengemeinschaft im Naqab voranzutreiben: vom Ausbau von Autobahnen über den Bau von Industriezonen bis hin zur Einrichtung von Wäldern für den *Jüdischen Nationalfonds* und der Ausweisung von Militärzonen.

Im Amnesty-Bericht über das israelische Apartheidssystem wird dargelegt, wie diskriminierende Gesetze zur Planung und Zonierung darauf abzielen, Land und Ressourcen für jüdische Israelis auf Kosten der Palästinenser sowohl im Staat Israel als auch in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten zu maximieren.

Quelle: <https://www.amnesty.org.uk/press-releases/israelopt-forced-evictions-over-300-palestinians-naqab-clear-illustration-apartheid>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de